



Fraktion aktuell

Der Newsletter der SPD-Fraktion im Rat der Landeshauptstadt Hannover

95 | 08.12.2023

Liebe Leserin, lieber Leser,

die rot-grüne Koalition im Rat unserer Stadt ist beendet. Aufgrund zahlreicher und zuletzt zunehmender Konflikte wie auch schwindenden Vertrauens haben wir vor gut zehn Tagen die jahrelange Zusammenarbeit mit den Grünen aufgekündigt.

Dennoch haben wir in der letzten Ratsversammlung viele, auch einvernehmliche Beschlüsse gefasst – ein Beweis dafür, dass Hannovers Kommunalpolitik keineswegs blockiert ist oder gar von uns blockiert würde.

Eine interessante Lektüre wünscht



Lars Kelich, Fraktionsvorsitzender

Fortan mit wechselnden Mehrheiten: Ende der rot-grünen Koalition

Die Entscheidung, die Koalition mit Bündnis 90/Die Grünen in Hannover nicht weiter fortzuführen, ist unserer Partei nicht leichtgefallen. Allerdings machten die Ereignisse und Erfahrungen der vergangenen Jahre diesen Schritt unumgänglich.

Eine Stadt für alle.



Die Koalitionsarbeit mit den Grünen war zunehmend von zahlreichen Konflikten sowie von fehlendem Vertrauen gekennzeichnet; Verlässlichkeit und Vertraulichkeit waren nicht mehr gegeben. Schon vor der Kommunalwahl im September 2021 hatten die Grünen die langjährige Zusammenarbeit in der Ampel in unserer Stadt aus wahltaktischen Gründen aufgekündigt.

Obwohl unsere Partei danach mit erneutem Vertrauensvorschuss in Rekordzeit eine sehr gute, vernünftige und tragfähige Koalitionsvereinbarung mit Bündnis 90/Die Grünen ausverhandelt hatte, mussten wir feststellen, dass die Zusammenarbeit sich zunehmend schwieriger gestaltete und dass sich in vielen wichtigen Punkten seit Monaten kein gemeinsamer Nenner mehr finden ließ. So blockierten die Grünen den dringend notwendigen Wohnungsbau, etwa in der Wasserstadt Limmer oder in der Schwarzen Heide (insgesamt voraussichtlich ca. 3.000 Wohnungen), den Ausbau der E-Mobilität in ganz Hannover oder die Einführung einer neuen Buslinie durch das Gehägeviertel. Das Mobilitätskonzept für die Innenstadt präsentierte der grüne Oberbürgermeister im Alleingang, ohne sich vorab im Detail mit den Koalitionspartnern abzustimmen und dementsprechend mögliche Einwände berücksichtigen zu können; auch einen Finanzierungsplan hierfür blieb er schuldig, obwohl die Einnahmeausfälle aus dem Wegfall von Parkplätzen in Höhe von ca. 6 Mio. Euro mit den anstehenden umfangreichen Kürzungen im Zuge der Haushaltskonsolidierung konkurrieren würden.

Derartige Alleingänge waren in den vergangenen zwei Jahren in dieser Koalition häufiger zu beobachten. Doch trotz solcher wiederholten Koalitionsbrüche haben wir dem OB und den Grünen mehrfach die Hand gereicht.

Ein „Weiter so“ konnte es deshalb für uns nicht mehr geben; schließlich erwarten die Menschen in Hannover ein ehrliches Ringen um die besten Lösungen statt permanenter Konflikte und Unstimmigkeiten. Und sie erwarten zurecht praktische und zügige Lösungen: beim Ausbau von bezahlbarem Wohnraum, bei der Förderung für Kitas und Schulen und der Stärkung des Wirtschaftsstandortes sowie des sozial verträglichen Klimaschutzes. Eine Fortführung der Koalition hätte bedeutet, dass der Fortschritt in unserer Stadt zunehmend gebremst würde.

Wir schaffen nun neue Möglichkeiten für den Rat, womit der Stillstand beendet werden soll. Als stärkste politische Kraft sind wir uns unserer Verantwortung bewusst. Und gerade deshalb sind wir überzeugt, dass dies aktuell die beste Lösung für Hannover ist. Wir werden ein neues Vertrauen in die interfraktionelle Arbeit zwischen den demokratischen Fraktionen herbeiführen. Noch stärker als zuvor wird dabei die Kraft der Argumente im Vordergrund stehen – mit wechselnden Mehrheiten. Durch die Umsetzung konkreter Projekte werden wir zeigen, dass die SPD der inhaltliche Motor der Ratspolitik in unserer Stadt ist.

Gegen Antisemitismus und Israel-Feindlichkeit

Ein Zeichen des Schulterschlusses zwischen den demokratischen Fraktionen setzte der Rat in seiner Sitzung am vergangenen Donnerstag, als er einstimmig eine [Resolution gegen Antisemitismus und für Solidarität mit Israel](#) beschloss. Darin verurteilt der Rat den Angriff der Hamas auf Israel am 7. Oktober als „Akt der Barbarei und des Terrors“, der durch nichts zu rechtfertigen sei. Er brächte „auch großes Leid über die Palästinenserinnen und Palästinenser“.

Neben der Bekundung der Solidarität und Unterstützung „dem Staat Israel und seinen Menschen“ gegenüber erklärte der Rat: „Antisemitismus und Israelfeindlichkeit haben unserer Stadt keinen Platz.“

Jeder Form des Antisemitismus muss entschlossen entgegentreten werden.“ Es müsse „selbstverständlich sein, dass Jüdinnen und Juden in Hannover in Sicherheit und ohne Angst leben können.“

Abschließend appelliert der Rat „an alle Menschen in unserer Stadt sich respektvoll, tolerant und friedlich zu verhalten. Menschenrechte und unsere demokratische Grundordnung sind zu achten und zu wahren.“

AfD weiterhin ohne Stimmrecht in Ausschüssen

Zuvor hatte der Rat beschlossen, bei der Besetzung seiner Gremien an dem Verfahren nach d'Hondt festzuhalten. Dieser Beschluss war wegen eines Verfahrensfehlers in der konstituierenden Ratssitzung vor zwei Jahren notwendig geworden, in Folge dessen das Oberverwaltungsgericht vor einem Monat den Beschluss kassiert hatte. Zugleich hatte das OVG dem Rat die Möglichkeit eingeräumt, mit einfacher Mehrheit diese Beschlussfassung zu wiederholen.

Damit bleibt die rechtsextremistische AfD weiterhin ohne Stimmrecht in den Ausschüssen – für uns ein wesentlicher Grund, an „D'Hondt“ festzuhalten, wie in der Ratsversammlung unterstrichen wurde.

Neue Gleichstellungsbeauftragte: Luisa Arndt

Gewählt hat der Rat am 30. November eine neue Gleichstellungsbeauftragte. Luisa Arndt, die soziale Arbeit und Gender Studies studiert hat und als Gleichstellungsbeauftragte in Uetze tätig war und dieses Amt derzeit im westfälischen Minden ausübt, aber in Hannover lebt, forderte in ihrer Vorstellung, Gleichstellung und Personalpolitik, insbesondere die Gewinnung, Bindung und Entwicklung von Fachkräften, gemeinsam zu denken. Es müsse gute Lösungen für Arbeits- und Arbeitszeitmodelle geben – auch für die Ehrenamtlichen im kommunalpolitischen Mandat. Gleichstellung sei eine „Frage der gesellschaftlichen Kultur“, für die es etliche positive Beispiele in Hannover gebe. „Gute Gleichstellungspolitik ist eine Aufgabe aller politischen Parteien“, erklärte Arndt, für die „jeder Tag ein 8. März“ – ein Frauentag – sei.

Luisa Arndt hatte sich bereits Anfang November unserer Fraktion vorgestellt, die den Vorschlag des Oberbürgermeisters einstimmig unterstützte. Die 34-Jährige wird ihr Amt zum 1. April 2024 antreten.



Hannovers neue Gleichstellungsbeauftragte: Luisa Arndt (M.) nach ihrer Wahl mit unserer gleichstellungspolitischen Sprecherin Maxi Carl und unserem Fraktionsvorsitzenden Lars Kelich.

Wohnkonzept 2035 verabschiedet

Beschlossen hat der Rat auch die Verstetigung des intensiven Wohnungsbaus in unserer Stadt. Nachdem absehbar ist, dass die Zielzahl des „[Wohnkonzeptes 2025](#)“ in zwei Jahren mit 15.900 Wohneinheiten um 3.300 übertroffen werden wird, soll das neue „[Wohnkonzept 2035](#)“ den Bedarf von weiteren 16.800 Wohnungen bis zum Jahr 2035 decken (mehr dazu in unserem [Video](#)). Das entspricht 1.300 neuen Wohnungen jährlich, und damit ein wenig mehr als jenen 1.200 Wohnungen, die in unserer Stadt in den letzten Jahren durchschnittlich geschaffen wurden. Der größte Teil davon soll im niedrigen und mittleren Preissegment sowie familien- und altersngerecht entstehen. Für zwei Drittel dieser neuen Wohnungen werden allerdings neue Flächen ausgewiesen werden müssen, wobei das Flächenpotenzial dafür in unserer Stadt grundsätzlich vorhanden ist.

Um diese Ziele zu erreichen, sollen verschiedene Instrumente genutzt werden. Neben der Fortsetzung der Wohnraumförderung, wofür bis 2026 fast 70 Millionen Euro bereitgestellt werden müssten, soll etwa auch die [Hannoversche Wohnungsbauoffensive](#), das lokale Bündnis für Wohnen, über 2023 hinaus verlängert werden. Weiterhin beschritten werden soll der Hannoversche Weg zur sozialgerechten Bodennutzung, der die Investoren an der Schaffung der sozialen Infrastruktur bei größeren Wohnungsbauvorhaben beteiligt. Bei all dem stellt die städtische Wohnungsbautochter hanova eine unverzichtbare Partnerin dar. Neu eingeführt werden soll ein zentrales Flächenmanagement, das die unterschiedlichen Bedarfe an Wohnbau-, Gewerbe- und Freiflächen prüft und gegeneinander abwägt. Auch will die Landeshauptstadt in eine aktive Bodenpolitik einsteigen, für die wir bereits ein Gutachten in [Auftrag](#) gegeben haben.

Die meisten Instrumente, die das „Wohnkonzept 2035“ vorsieht, finden sich bereits in unserem Konzept „[Hannover Housing](#)“ aus dem Jahre 2021. Das Ziel dieses Leitbildes, bis 2026 10.000 neue Wohnungen in unserer Stadt zu schaffen, dürfte nunmehr zu erreichen sein.

Anhebung der Grundsteuer

Nach der Einführung einer [Beherbergungssteuer](#) hat der Rat nun auch zum Beginn des kommenden Jahres den Hebesatz für die [Grundsteuer B](#) angehoben, was Mehreinnahmen von ca. 25 Millionen Euro bringen soll. Diese Maßnahme hatten wir bereits vor einem Jahr sehr kontrovers diskutiert. Letztlich haben wir der Grundsteueranhebung zugestimmt, da wir die Alternative – die Erhöhung der Gewerbesteuer – weniger vertretbar fanden: eine Anhebung dieser wichtigsten Steuer für Hannover hätte nach den schweren Krisen und in der weiterhin angespannten wirtschaftlichen Situation kontraproduktiv gewirkt. Zwar wären Mehreinnahmen durch eine höhere Gewerbesteuer vielleicht kurzfristig möglich gewesen, mittel- oder langfristig hätte sich dies aber dauerhaft ins Gegenteil verkehrt.

Gegen eine Anhebung der Grundsteuer sprach vor allem der Umstand, dass sie als Nebenkosten unter bestimmten Voraussetzungen auch an die Mieter*innen weitergereicht werden kann und somit also auch Haushalte mit niedrigen Einkommen belasten würde. Gleichwohl erschien uns diese Maßnahme auch insofern vertretbar, als Mieten einer Wohnung durchschnittlicher Größe in der Regel um 40 bis 60 Euro pro Jahr steigen, die Mieterhöhungen aber darunterliegen dürften.

Während die letzte [Erhöhung der Gewerbesteuer](#) erst sieben Jahre zurückliegt, wird die Grundsteuer in Hannover erstmals seit zwölf Jahren angehoben; umgerechnet auf die Jahre seither verbleibt eine jährliche Erhöhung von knapp 1,42 Prozent. Sie liegt also noch unterhalb der durchschnittlichen In-

flationsrate, der auch der städtische Haushalt unterliegt. Zudem haben in der Region Hannover allein seit 2020 15 von 21 Kommunen ihre Grundsteuer angehoben; die verbliebenen Regionskommunen dürften bald folgen.

Unsere Abwägungen haben wir in den Beratungen ausführlich dargelegt (vgl. auch „[Fraktion aktuell](#)“ [Nr. 91](#)) und dabei zugleich unsere Forderung bekräftigt, dass Bund und Land für eine auskömmliche Finanzierung der Kommunen sorgen müssen: Die gesetzlichen Aufgaben, die in den letzten Jahren Städten und Gemeinden übertragen worden sind, müssten auch vollständig finanziert werden. Das ist bislang bei Weitem nicht der Fall, und dadurch ist der finanzielle Spielraum auch unserer Stadt erheblich eingengt.

Neue Straßenreinigungsgebühren

Ebenfalls zum 1. Januar 2024 werden die [Straßenreinigungsgebühren](#) angehoben, und zwar für Straßenreinigung und Winterdienst zusammen um einmalig ca. 8,8 Prozent für die nächsten beiden Jahre – das entspricht jährlich jeweils ungefähr 4,5 Prozent. Im mehrheitlich vorkommenden Standardfall liegt der Gebührenanstieg allerdings sogar nur bei 5,4 Prozent, also etwa 2,7 Prozent jährlich.

Notwendig wird die Anhebung durch immense Kostensteigerungen im Zuge der Inflation und deutlich steigende Personalkosten. Zudem hat das Oberverwaltungsgericht unter anderem gefordert, dass

für den Winterdienst nur die absolut notwendigen Mindestmaßnahmen durch die Gebühren gedeckt werden dürfen. Unser Straßenreinigungsunternehmen aha darf danach die Kosten für den Winterdienst nicht in vollem Umfang durch die Gebühren decken, da der Winterdienst ausschließlich an „gefährlichen Fahrbahnstellen mit *nicht unbedeutendem* Verkehr“ erfolgen müsse – eine realitätsferne Formulierung im Niedersächsischen Straßengesetz (§ 52), auf die das OVG sich stützt.



Um die Verkehrssicherheit gerade auch im Winter zu gewährleisten, wird die Stadt diese nunmehr nicht gedeckten Mehrkosten von etwa 2,3 Millionen Euro übernehmen. Aus den angehobenen Straßenreinigungsgebühren hingegen werden die Kostensteigerungen bei Technik, Betriebs- und Treibstoffen sowie beim Personal gedeckt werden.

In den letzten Tagen intensiv im Einsatz: Schneepflug von aha. © aha.

Dringend benötigte Wohnungen beschlossen: zweiter Bauabschnitt der Wasserstadt

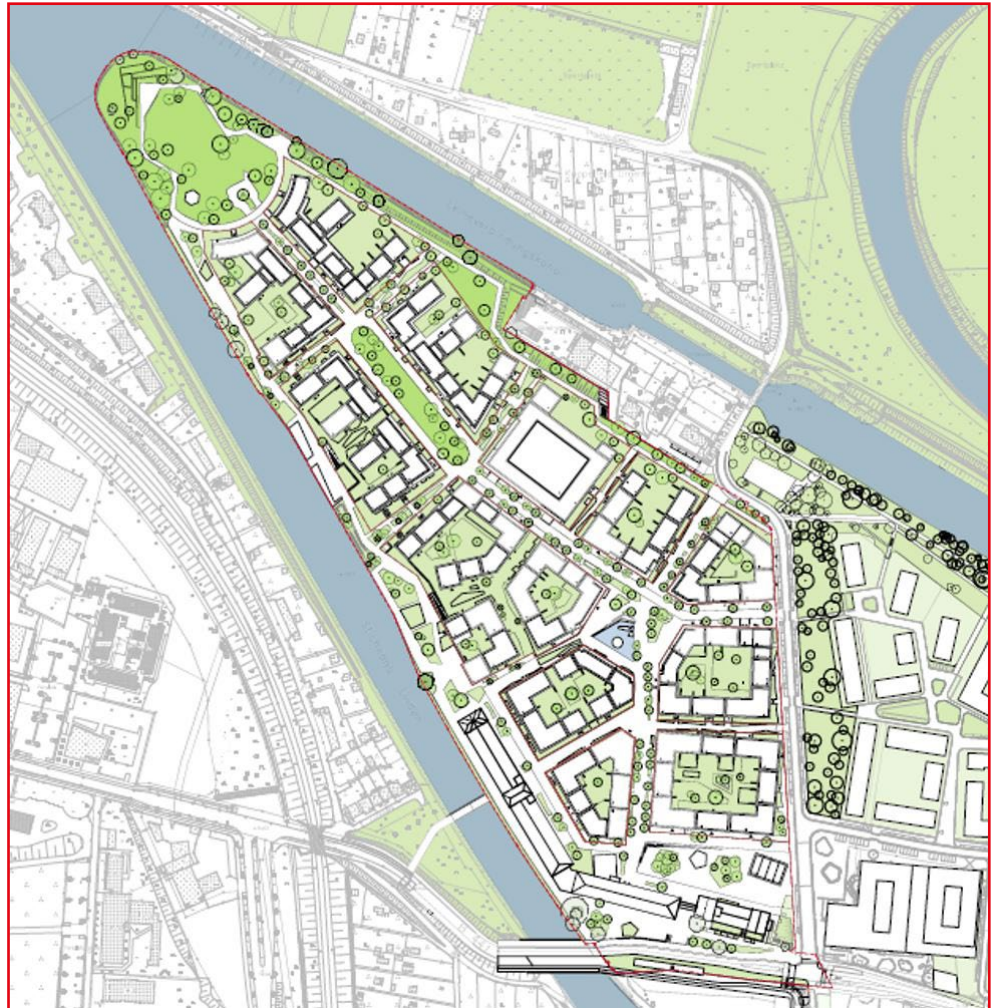
Am Nikolaustag gab es eine gute Nachricht aus dem Bauausschuss: Die Grundlage für den Weiterbau in der Wasserstadt ist mit dem [Beschluss](#) zum zweiten Bauabschnitt gelegt. Es sollen bis zu 1.350

Überblick über die Planungen für die Wasserstadt Limmer: der zweite Bauabschnitt umfasst ungefähr zwei Drittel der Fläche bis in die Spitze zwischen Lindener und Leine-Verbindungskanal.

Visualisierung: chora blau
Landschaftsarchitektur;
Quelle: LHH.

Wohnungen in diesem Teil der Wasserstadt geschaffen werden, davon 30 Prozent als Sozialwohnungen.

Das attraktive städtebauliche Konzept, Ergebnis eines Wettbewerbs, mit schönen Uferpromenaden, großzügigen Grünflächen und einem modernen Mobilitätskonzept, das den Autoverkehr weitestgehend aus dem Quartier ausschließt, kann jetzt verwirklicht werden. Durch den Einsatz von seriell und modularem Bauen sollen außerdem die Baukosten gesenkt werden. Insgesamt ist die Weiterentwicklung der Wasserstadt ein wichtiger Schritt zur Entlastung des angespannten Wohnungsmarkts in Hannover.



Buslinie durch das Gehägeviertel

Nachdem die Regionsversammlung bereits Mitte September den [Beschluss](#) getroffen hatte, die Buslinie 900 aus dem Nordwesten der Region Hannover künftig durch das Gehägeviertel und die Waldchaussee zu führen, haben wir einen [Antrag](#) vorgelegt, der dieses Vorhaben unterstützt. Darin wird die Verwaltung aufgefordert, die Brücke über den Schiffgraben in der Waldchaussee zu erneuern und danach dort den Betrieb der Buslinie 900 ermöglichen. Dabei soll die Taktung der Busse am Wochenende so gestaltet werden, dass eine Freizeitnutzung der Waldchaussee weiterhin gewährleistet bleibt.

Mit diesem Antrag, den wir erstmals mit CDU und FDP eingebracht haben, entsprechen wir dem Wunsch der meisten Menschen im Gehägeviertel, endlich eine Busverbindung vor der Haustür nutzen zu können. Zugleich sorgen wir dafür, dass wichtige medizinische und soziale Einrichtungen, voran das weltbekannte Cochlear Implant Centrum, unmittelbar an den Öffentlichen Personennahverkehr angebunden werden. – Die Grünen hatten dieses Vorhaben seit Monaten blockiert.

Ausbau der Ladeinfrastruktur

Ein wesentliches Hemmnis beim Umstieg Deutschlands auf die E-Mobilität ist das dünne Netz an Ladepunkten für Elektrofahrzeuge. Zwar ist in unserer Stadt der Ausbau der Ladeinfrastruktur in den letzten Jahren, insbesondere dank des Engagements unserer Stadtwerke, der enercity AG, deutlich vorangekommen, doch genügt das Netz von Ladepunkten auch in Hannover nicht den zu erwartenden Bedarfen.

Deshalb wollen wir der Verwaltung den [Auftrag](#) erteilen, gemeinsam mit enercity und weiteren städtischen Beteiligungen, voran der Wohnungsbau-gesellschaft hanova, der Deutschen Messe AG und der üstra, eine Strategie für den weiteren Ausbau der öffentlichen und halböffentlichen Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge zu erarbeiten. Ziel soll es sein, Hannover bis 2030 mit 10.000 öffentlich und halb-öffentlich zugänglichen Ladepunkten auf die Antriebswende vorzubereiten. Dabei soll jeder sechste Ladepunkt über eine Schnellladekapazität verfügen und in den hanova-Parkhäusern das Laden an nahezu jedem Stellplatz möglich sein. Der Ausbau soll weiterhin in allen Stadtteilen, vor allem in den stark verdichteten Quartieren voranschreiten, individuelle Bedürfnisse der Wohnbevölkerung dort berücksichtigen und öffentliche Quellen für die Energiebereitstellung nutzen.



Ladesäule von enercity vor dem Neuen Rathaus. © enercity.

Auch diesen Antrag haben wir gemeinsam mit CDU und FDP vorgelegt, nachdem die Grünen ihn seit einem halben Jahr nicht abschließend beraten hatten.

Mehr politische Beteiligung: Jugendparlament

Seit geraumer Zeit arbeitet eine Initiative von Jugendlichen daran, im Rahmen des Programms „[Jugendgerechte Kommune – Jugend lebt Stadt](#)“, dessen [Fortschreibung und Intensivierung](#) wir vor sieben Jahren gefordert hatten, mehr Jugendliche zur politischen Teilhabe an den Belangen unserer Stadt zu bewegen. Die Idee der Initiative ist es, nach dem Vorbild anderer Städte in Niedersachsen oder auch unserer Partnerstadt Leipzig ein Jugendparlament in Hannover zu gründen.

Diesem Wunsch haben wir nun mit einem [Antrag](#) Rechnung getragen, die Gründung und Verankerung eines Jugendparlamentes zu unterstützen. Dafür soll die Verwaltung die Jugendparlament-Initiative inhaltlich und rechtlich bei der Erarbeitung einer Wahlordnung und einer Satzung unterstützen und ihr

Social Media-Post vom 28. November.



Zugang zu geeigneten Räumlichkeiten und Arbeitsmitteln ermöglichen.

Auf der Grundlage der erarbeiteten Satzung und Wahlordnung wollen wir dann in den Ratsgremien darüber beraten, wie eine Wahl durchzuführen ist, welche finanzielle Ausstattung das Jugendparlament in den kommenden Jahren benötigt, in welchen Ausschüssen das Jugendparlament mit Rede- und Antragsrecht beteiligt wird und wie viele gewählte Mitglieder das Jugendparlament umfassen soll.

Nachdem der Antrag im Jugendhilfeausschuss Ende November beschlossen wurde, hat er gestern auch den Verwaltungsausschuss einstimmig passiert.

Zeichen der Solidarität mit Frauen: „Orange Day“

Am Internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen, dem sogenannten „Orange Day“, wird alljährlich an die Schwestern Mirabal in der Dominikanischen Republik erinnert, die am 25. November 1960 wegen ihres Widerstandes gegen die Trujillo-Diktatur verschleppt, vergewaltigt, gefoltert und ermordet

„Hannover ist stärker als Gewalt“. Solidaritätsaktion unserer Fraktion und Mitgliedern des SPD-Stadtverbandsvorstandes zum „Orange Day“ am 25. November.



worden waren. Der Mut dieser drei Frauen wird mit diesem Gedenktag gewürdigt und zugleich an die Gewalt an Mädchen und Frauen erinnert.

Auch unsere Fraktion hat sich am 25. November gegen jede Gewalt an Frauen und Mädchen positioniert und Farbe bekannt. Sie hat damit zugleich auf die Tätigkeit des Kommunalen Präventionsrates und der lokalen Präventionsräte in einigen von Hannovers Stadtbezirken aufmerksam gemacht, die sich in diesem Jahr unter dem Motto „[Hannover ist stärker als Gewalt](#)“ dem Kampf gegen häusliche Gewalt zugewandt haben. Ein sichtbares Zeichen dieser Kampagne sind auch rote Bänke, die an verschiedenen Stellen im Stadtgebiet aufgestellt worden sind. Sie sollen nicht nur zum Verweilen einladen, sondern auch zum Innehalten angesichts der vielfältigen, vor allem sexualisierten Gewalt, die Frauen und Mädchen in allen Kreisen unserer Gesellschaft angetan wird. Plaketten auf den Bänken verweisen zudem auf Hilfs- und Beratungsangebote für Betroffene.



Rote Bank an der Kirchröder Straße in Kleefeld.

Verabschiedung von Jan de Vries

Zehn Monate hat Jan de Vries in Vertretung unsere Schul- und Bildungs-AG als Fraktionsreferent betreut, nachdem er bereits von September 2021 bis Ende August 2022 sein Freiwilliges Soziales Jahr Politik in unserer Geschäftsstelle absolviert hatte. Zum aktuellen Semester hat Jan ein Studium der Fotojournalistik an der Hochschule Hannover aufgenommen.



Am 28. November haben wir ihn aus unserer Fraktion verabschiedet. Unser Dank gilt seiner Unterstützung unserer Fraktion in bildungspolitischen Fragen, bei der Organisation unseres Bildungskongresses am 18. November, durch die Gestaltung zahlreicher Social Media-Postings und durch Fotodokumentationen. Für sein Studium wünschen wir ihm alles Gute und viel Erfolg.

Verabschiedung von Jan de Vries (r.) durch unseren Fraktionsvorsitzenden Lars Kelich.

Eine Stadt für alle.

Impressum:

Herausgeberin: SPD-Fraktion im Rat der Landeshauptstadt Hannover
Friedrichswall 15, 30159 Hannover, V.i.S.d.P: Dr. Marc-Dietrich Ohse,
spd@hannover-stadt.de, www.spdratsfraktionhannover.de

Fotos: unsplash.com/@error420, SPD-Ratsfraktion

Für Inhalte und Gestaltung der verlinkten Internetseiten übernehmen wir keine Verantwortung.

